



Herrn  
Kai Boeddinghaus  
Bundesgeschäftsführer  
Bundesverband für freie Kammern

Düsseldorf, 26. April 2010

per E-Mail

Die

Sehr geehrter Herr Boeddinghaus,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage zur Landtagswahl. Mit Ihrem Brief bringen Sie Ihre grundsätzliche Kritik an der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern zum Ausdruck. Aus Sicht Einzelner ist durchaus nachvollziehbar, sich gegen das derzeitige Kammersystem auszusprechen. Dennoch gibt es gute Gründe dafür, am Kammersystem grundsätzlich festzuhalten. Insgesamt kommt es darauf an, den Mittelstand zu stärken. Die SPD unterstützt die 700.000 Unternehmen des Mittelstandes mit unterschiedlichsten Maßnahmen. Dabei spielt natürlich die Entlastung des Mittelstandes von vermeidbaren Kosten und bürokratischen Zusatzbelastungen eine besondere Rolle. Immer wieder steht die Frage im Raum, warum Unternehmen Beiträge zu den Kammern des Landes zu leisten haben.

Fraktion

Die Kammern nehmen eine Vielzahl von Aufgaben wahr, die für die Unternehmen und mit den Unternehmen anfallen. Ihnen sind die Themen wie Ausbildung, Beratung, Unternehmensförderung bekannt. Wer würde diese Aufgaben übernehmen, wenn es nicht eine Einrichtung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in Form einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft tun würde? Ich kann es Ihnen beantworten: Am Ende würde an die Stelle einer Selbstverwaltung eine staatliche Verwaltung treten. Ich frage mich, ob damit dem Grundgedanken von Freiheit und Abhängigkeit der Unternehmen besser gedient wäre.

Transparenz, Effizienz und Kundenorientierung sind die Kriterien, an denen sich die Kammern messen lassen müssen. Dazu zählt auch, dass sich die Kammern bei der Höhe ihrer Beiträge an der Größe und Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder orientieren. Mein Eindruck ist, dass sich die Kammern in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Dienstleistungsangebot hier auf ihre Mitglieder zu bewegen und nur wenige einzelne Mitglieder die Kammermitgliedschaft – wie von Ihnen beschrieben – als Zwang empfinden. Ungeachtet dessen sollten sich die Kammern aufgefordert fühlen, die Interessen aller ihrer Mitglieder so zu vertreten, dass diese ihre Mitgliedschaft nicht als Zwang empfinden.

Insgesamt sehe ich nicht die Notwendigkeit, das derzeitige Kammersystem und die Pflichtmitgliedschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. Das entbindet die Kammern selbstverständlich nicht von ihrer Verpflichtung, sich als Dienstleister ihrer Unternehmen zu verstehen und sich ständig zu verbessern. Soweit erforderlich, wird eine SPD-geführte Landesregierung im Dialog mit Mitglieds-Unternehmen und Kammern auf weitere Verbesserungen hinwirken.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Eiskirch